

## DAS THEMA

Auf Antrag der Linksfraction hat sich jetzt der Landtag in einer Aktuellen Stunde mit der Hochschulentwicklung Thüringens befasst. Die Debatte fand statt wenige Tage nachdem tausende Studierende von allen Thüringer Hochschulen in einem langen, bunten und lauten Demonstrationzug vom Erfurter Hauptbahnhof zum Finanzministerium – mit Zwischenstopp am Landtag – gezogen waren.

Die Demonstration am 11. Dezember hat eindrucksvoll die Hauptforderung der Studierenden verdeutlicht: „Bildung braucht Zukunft und muss entsprechend finanziert werden.“ Ein Redner brachte es bei der Kundgebung am Landtagsgebäude auf den Punkt: „Es gibt nur eines, das teurer ist als Bildung – keine Bildung!“

### Recht auf Bildung an demokratisch verfassten Hochschulen

In einer Pressemitteilung am Rande des Protests hatte die Linksfraction erklärt: „Wieder sind Tausende unterwegs, sie demonstrieren in Erfurt für ihr Recht auf Bildung an demokratisch verfassten Hochschulen. Man kann nur hoffen, dass die Proteste die Landesregierung umstimmen werden“, so hatte sich Dr. Karin Kaschuba, Sprecherin für Wissenschaftspolitik der Fraktion, geäußert.

Momentan verkaufe Minister Matschie die Kürzungen im Hochschulbe-

# LINKE fordert eine Enquetekommission

## Entscheidungen zur Hochschulentwicklung in Thüringen gehören in den Landtag

reich als langfristig gesicherte Wohlfahrt und streite sich mit dem Koalitionspartner CDU, wer besser kürzen könne. „Auf jeden Fall ignoriert der Bildungsminister den Beschluss des Landtages, im Dezember 2013 ein Konzept zur Hochschulentwicklungsplanung vorzulegen“, monierte Susanne Hennig, Bildungspolitikerin der Linksfraction und

Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE. Die Entscheidungen zur Hochschulentwicklung gehörten „in den Landtag und nicht an die Schreibtische des Ministers und der Hochschulleitungen“. Aus diesem Grund wird DIE LINKE die Einsetzung einer „Enquetekommission zur Hochschulentwicklung“ beantragen. „Politischer Autismus des Mini-

sters darf nicht zum bestimmenden Element der Wissenschafts- und Bildungspolitik in Thüringen werden“, appellierten die beiden Abgeordneten der Linksfraction. Hochschulentwicklungsplanung dürfe nicht ausschließlich ökonomischen Kriterien folgen, sondern müsse auch nach demokratischen und sozialen Grundsätzen erfolgen.

„Die Unterfinanzierung bei den Hochschulen darf nicht weiter auf dem Rücken der Beschäftigten und der Studierenden ausgetragen werden“, unterstrich die LINKE-Bildungsexpertin Susanne Hennig.

In einer Erklärung der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Thüringen) wird u.a. gefordert, das Kooperationsverbot aufzuheben und durch Regelungen zu ersetzen, „die es Bund und Ländern ermöglichen, bei der Grundfinanzierung und der darüber hinausgehenden Förderung von Einrichtungen und Vorhaben der Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie der Studierendenwerke verbindlich zusammenwirken zu können“. Zukunftsinvestitionen „insbesondere in Bildung und Wissenschaft müssen auch unter den Bedingungen einer schwierigen Haushaltslage gesichert werden“. Die GEW verlangt deshalb „eine Korrektur der Regelung zur Schuldenbremse im Grundgesetz“.



Beim Zwischenstopp am Landtag in Erfurt mit dem Transparent des LINKEN Sozialistisch-Demokratischen Studierendenverbandes (SDS) die Abgeordneten der Linksfraction im Landtag Susanne Hennig, Dirk Möller und Matthias Bärwolf sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktion. Foto: Peter Lahn

## Neue Ungereimtheiten in der Regierung Lieberknecht

Diesmal wurde ganz schnell die Notbremse gezogen: Thüringens Staatskanzleichef Jürgen Gnauck (CDU) nahm am 10. Dezember seinen Antrag auf Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Beraterfirma Symbion AG zurück. Ob Regierungschefin Christine Lieberknecht (CDU), gegen die wegen des Verdachts der Untreue ermittelt wird, im Vorfeld Druck auf ihn ausgeübt hatte, ist nicht bekannt – aber wahrscheinlich. Eine weitere Affäre verkraftet die von Skandalen geschüttelte Lieberknecht-Regierung von CDU und SPD – und vor allem die Ministerpräsidentin persönlich – nicht.

Eigentlich sollte an jenem 10. Dezember das Kabinett die am Vortag bekannt gewordene Aufsichtsrats-Tätigkeit Gnaucks genehmigen. Zuständig ist freilich der Landtag. Doch die öffentliche Kritik an Gnauck und seiner Chefin Lieberknecht war da schon zu heftig. Lieberknecht „trickst diese Demokratie aus, um die letzten zehn Monate einer Regierungskoalition aus CDU und SPD irgendwie über die Runden zu bekommen“, kommentierte die Thüringer Allgemeine (TA).

Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, resümierte: „Gnauck wird zunehmend zu einer Belastung für die Ministerpräsidentin.“ Die offizielle Verlaut-

barung der Staatskanzlei mit einem Rundumschlag an Schuldzuweisungen geriet zur peinlichen Floskel: „Damit will der Chef der Staatskanzlei jeden Anschein eines Interessenkonflikts vermeiden, der in der Öffentlichkeit erzeugt worden ist.“ Die wichtigere Frage, welchen „Anschein“ Gnauck durch sein freches Begehren denn eigentlich erweckt hatte, übergang die Regierungszentrale.

Das Thüringer Ministergesetz ist jedenfalls eindeutig: „Die Mitglieder der Landesregierung dürfen neben ihrem Amt kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben. Sie dürfen ohne Zustimmung des Landtags weder der Leitung noch dem Aufsichtsgremium eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens angehören“ (Paragraf 5).

Gnauck war im Oktober als Chef der Staatskanzlei ernannt worden. Wenn er bereits da im Aufsichtsrat der Mitte des Jahres 2013 im Handelsregister des Amtsgerichts Hildesheim eingetragenen Symbion AG tätig war, liegt ein etwa zweimonatiger Verstoß gegen das Ministergesetz vor. In der Öffentlichkeit wird die Verantwortung der Regierungschefin Lieberknecht betont. „Warum hat sie nicht von Gnauck verlangt, das bisher geheim gehaltene Aufsichtsrats-Mandat bei der nieder-

sächsischen Firma Symbion niederzulegen, bevor er vor zwei Monaten Minister wurde?“, fragt die TA. Gnauck vermittelt ohnehin einen merkwürdigen Eindruck: er klagt seit Jahren gegen die Staatskanzlei, deren Chef er jetzt geworden ist. Grund: er will eine lebenslange Erstattung seiner Arztkosten erreichen, die ihm zugesagt worden sei. Auch dazu stellt die TA eine berechtigte Frage an Lieberknecht: „Warum hat sie nicht zur Einstellungs-Bedingung gemacht, dass Gnauck seine Klage gegen die Staatskanzlei auf Erstattung der Arztkosten zurückzieht, bevor er vor zwei Monaten Minister wurde?“

Bereits vor Gericht steht der frühere Thüringer Innenminister Christian Köckert. Der einstige Spitzenfunktionär der CDU – er gehörte neben Dieter Althaus und Andreas Trautvetter zu den „Kronprinzen“ des ehemaligen Ministerpräsidenten Bernard Vogel – ist wegen Abgeordnetenbestechung angeklagt. Sie hat aus Sicht der Staatsanwaltschaft nach Köckerts von Affären geprägter Amtszeit als Innenminister in der Eisenacher Kommunalpolitik stattgefunden. Die Prozesseröffnung ausgerechnet am 9. Dezember, dem „Internationalen Tag gegen die Korruption“, mag ein Zufall sein.

Stefan Wogawa

## Aufgehübscht

„Offensichtlich hat die Landesregierung für die lange angekündigte Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes soviel Zeit gebraucht, um die Entscheidung zur Fortsetzung und Beibehaltung des Geheimdienstes für die Öffentlichkeit aufzuheben“, so der innenpolitische Sprecher der Linksfraction, Ralf Kalich, zum am 3. Dezember präsentierten Gesetzentwurf. „Im Kern hat sich die Koalition entschieden, weiter ohne konkreten Straftatverdacht und ohne konkrete Gefahr mit nachrichtendienstlichen Methoden Schutzrechte vor staatlichen Eingriffen zu verletzen, einschließlich der absolut indiskutablen V-Mann-Praxis.“

Auch haben die Untersuchungsausschüsse „bislang zu keiner Zeit eine irgendwie begründbare Sinnhaftigkeit oder Notwendigkeit eines Geheimdienstes ergeben – die V-Leute betreffend ist sogar das ganze Gegenteil der Fall“. Dass nun auch noch der Geheimdienst zum Instrument der Aufklärung und Prävention gemacht werden soll, „ist allein schon absurd, aber dass der Innenminister die seit Jahren profunde Expertise der Zivilgesellschaft als Deckmantel für den Inlandsgeheimdienst missbrauchen will, erfordert eine klare Zurückweisung durch die angesprochenen zivilgesellschaftlichen Institutionen“.